Kassel documenta Stadt
Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Feyza Tanyeri
feyza.tanyeri@kassel.de
Telefon 0561 787 1225
Fax 0561 787 2182

Rathaus
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel
D3.178

Behördennummer 115
Rechtshinweise
zur elektronischen
Kommunikation
im Impressum unter
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

23. Februar 2023

Guten Tag,

zur **21.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport lade ich ein für

Donnerstag, 2. März 2023, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel.

Während der Sitzung sind die allgemeinen Hygieneregelungen einzuhalten, und das Tragen einer medizinischen Maske (OP-Maske oder Schutzmaske der Standards FFP2) wird empfohlen.

Tagesordnung:

1. **Wahl der bzw. des 1. stellvertretenden Vorsitzenden**

2. **Regelmäßige Berichterstattung über die Auswirkungen der Ukrainekrise auf geflüchtete Menschen aus der Ukraine im Sozialausschuss**
   Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 18. Juli 2022
   Bericht des Magistrats
   - 101.19.536 -

3. **Umsetzung des Housing First Konzept in Kassel**
   Anfrage der Fraktion DIE LINKE
   Berichterstatter/in: Stadtverordnete Jenny Schirmer
   - 101.19.707 -

Schrift: Kassel 10 pt, Zeilenabstand: 14 pt, Dateiformat: pdf

4. Kommunaler Hitzeaktionsplan
Antrag der Fraktion B90/Grüne, CDU und FDP
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Julia Herz
- 101.19.717 -

5. Anfrage Bedarf an Sozialwohnungen
Anfrage Fraktion DIE LINKE
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Jenny Schirmer
- 101.19.726 -

6. Brand Wolfhager Str. 102
Anfrage Fraktion DIE LINKE
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Jenny Schirmer
- 101.19.733 -

7. Vorstellung der Fachberatungsstelle FaX
Antrag der Fraktion DIE LINKE
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Jenny Schirmer
- 101.19.734 -

Freundliche Grüße

gez. Norbert Sprafke
Vorsitzender

Niederschrift
über die 21. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am **Donnerstag, 2. März 2023, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Norbert Sprafke, Vorsitzender, SPD
Julia Herz, Mitglied, B90/Grüne
Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne
Anja Lipschik, Mitglied, B90/Grüne
Thomas Volmer, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Herr Mustafa Gündar)
Esther Kalveram, Mitglied, SPD
Petra Ullrich, Mitglied, SPD
Christoph Frank, Mitglied, CDU
Holger Römer, Mitglied, CDU
Jenny Schirmer, Mitglied, DIE LINKE
Manuela Ernst, Mitglied, FDP
Norbert Hansmann, Mitglied, AfD

Teilnehmer mit beratender Stimme
Semra Yazicioglu, Vertreterin des Ausländerbeirates

Magistrat
Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD

Schriftführung
Feyza Tanyeri, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Annette Knieling, Mitglied, CDU
Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI
Ronny Blume, Vertreter des Behindertenbeirates
Helga Engelke, Vertreterin des Seniorenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Anja Deiß-Fürst, Sozialamt

Tagesordnung:

1.	**Wahl der bzw. des 1. stellvertretenden Vorsitzenden**	
2.	**Regelmäßige Berichterstattung über die Auswirkungen der Ukrainekrise auf geflüchtete Menschen aus der Ukraine im Sozialausschuss**	101.19.536
3.	**Umsetzung des Housing First Konzept in Kassel**	101.19.707
4.	**Kommunaler Hitzeaktionsplan**	101.19.717
5.	**Anfrage Bedarf an Sozialwohnungen**	101.19.726
6.	**Brand Wolfhager Str. 102**	101.19.733
7.	**Vorstellung der Fachberatungsstelle FaX**	101.19.734

Vorsitzender Sprafke eröffnet die mit der Einladung vom 23. Februar 2023 ordnungsgemäß einberufene 21. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stadtverordnete Schirmer, Fraktion DIE LINKE, beantragt, die Tagesordnungspunkte 3 betr. Umsetzung des Housing First Konzept in Kassel, 101.19.707, und 6 betr. Brand Wolfhager Str. 102, 101.19.733, gemeinsam aufzurufen, um beide gemeinsam zu begründen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Vorsitzender Sprafke teilt mit, dass der Magistrat den Tagesordnungspunkt 5 betr. Anfrage Bedarf an Sozialwohnungen, 101.19.726, heute nicht beantworten kann und dieser auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung geschoben wird. Auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Vorsitzender Sprafke stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Wahl der bzw. des 1. stellvertretenden Vorsitzenden

Stadtverordneter Römer, CDU-Fraktion, schlägt Stadtverordnete Annette Knieling, CDU-Fraktion, zur Wahl zur 1. Stellvertretenden Vorsitzenden vor.
Weitere Wahlvorschläge werden nicht eingebracht.

Einvernehmlich wird festgelegt per Akklamation zu wählen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport wählt einstimmig mit Enthaltung von Stadtverordnete Jenny Schirmer, Fraktion DIE LINKE, die

Stadtverordnete Annette Knieling

zur 1. stellvertretenden Vorsitzenden.

Frau Knieling hat vorab bekannt gegeben, dass sie, sofern sie die Mehrheit bekommt, die Wahl annimmt.

2. Regelmäßige Berichterstattung über die Auswirkungen der Ukrainekrise auf geflüchtete Menschen aus der Ukraine im Sozialausschuss
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 18. Juli 2022
Bericht des Magistrats
- 101.19.536 -

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten, regelmäßig über die Situation von geflüchteten Menschen aus der Ukraine im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport zu informieren. Dabei soll schwerpunktmäßig über die aktuellen Entwicklungen und Problemlagen berichtet werden.

Bürgermeisterin Friedrich berichtet über die Zahlen der ukrainischen Geflüchteten in Kassel, über das ehrenamtliche Engagement und die Belegung der Unterkünfte.

Der Bericht des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkte 3 und 6 werden zusammen aufgerufen. Stadtverordnete Schirmer, Fraktion DIE LINKE, begründet die Anfragen ihrer Fraktion und bittet um eine Schweigeminute für das Brandopfer der Wolfhager Str. 102.

3. Umsetzung des Housing First Konzept in Kassel
Anfrage Fraktion DIE LINKE
- 101.19.707 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele private Notunterkünfte für Obdach- und Wohnungslose gibt es mit wie vielen Betten?
2. Wie viele städtische Notunterkünfte gibt es mit wie vielen Betten?

3. Wie sind hierbei die Kosten pro Übernachtung geregelt und die sonstige Finanzierung?
4. Welche Mindeststandards gelten hierbei und wie sind diese genau?
5. Was werden für zusätzliche Maßnahmen getroffen angesichts der extrem niedrigen Temperaturen?
6. Gibt es einen Kältebus für Kassel, wenn nicht, warum nicht und wann wird ggf. einer angeschafft?
7. Welche zusätzlichen Maßnahmen werden für arme Menschen getroffen, die sich das Heizen nicht mehr leisten können?
8. Werden in der Stadt Kassel sonstige leerstehende Wohnung von städtischer Seite für Housing First zur Verfügung gestellt über der Leerstandskataster oder ist dies in Planung?
9. Inwiefern wird in den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und den Wohnungsbaugenossenschaften in der Stadt das Housing First Konzept bereits berücksichtigt und wie viele Wohneinheiten werden dafür zur Verfügung gestellt?
10. Wird es eine genauere und turnusmäßige Erfassung der Zahl von Obdach- und Wohnungslosen in Kassel geben? Wenn ja, wann?

Bürgermeisterin Friedrich beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder. Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Vorsitzender Sprafke erklärt die Anfrage für erledigt.

6. Brand Wolfhager Str. 102
Anfrage Fraktion DIE LINKE
- 101.19.733 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welches Feuerschutzkonzept gab es in der Wolfhager Str. 102?
2. Wie viele Bewohner:innen waren vor dem Brand in der Wolfhager Str. 102 untergebracht?
3. Wie viele Bewohner:innen sind jetzt in der Wolfhager Str. 102 untergebracht?
4. Wie lange sind Bewohner:innen durchschnittlich dort?
5. Wie ist die soziale Betreuung?
6. Welche Heizungssysteme sind dort?
7. Gibt es seit dem Brand eine Betreuung?
8. Wieviel Miete bezahlt die Stadt Kassel jährlich für die Unterkünfte?

9. Welche Leistungen sind darin enthalten?

Bürgermeisterin Friedrich beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder.

Vorsitzender Sprafke erklärt die Anfrage für erledigt.

4. Kommunaler Hitzeaktionsplan
Antrag der Fraktion B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.19.717 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, einen kommunalen Hitzeaktionsplan zu erstellen.

Der Hitzeaktionsplan soll auf bestehende Pläne und Konzepte der Stadt Kassel aufbauen und in Anlehnung an die acht Kernelemente der Weltgesundheitsorganisation, sowohl kurzfristige Maßnahmen enthalten, die ohne große Investitionen bereits bis zum 30.06.2023 umgesetzt werden können, als auch langfristige Maßnahmen, die in der Planung entsprechend zu berücksichtigen sind. Zu den acht Elementen zählen:

1. die zentrale Koordinierung und interdisziplinäre Zusammenarbeit,
2. die Nutzung eines Hitzewarnsystems,
3. Information und Kommunikation,
4. die Reduzierung von Hitze in Innenräumen,
5. die besondere Beachtung von Risikogruppen,
6. die Vorbereitung von Gesundheits- und Sozialsystemen,
7. die langfristige Stadtplanung und Bauwesen
8. Monitoring und die Evaluation der Maßnahmen.

Die Umsetzung der Kernelemente erfolgt demnach als Vorbereitung vor dem Sommer und als Schutz während des Sommers bzw. während akuter Hitzeperioden bzw. Hitzewellen. Langfristige Maßnahmen sind hierbei unabhängig zu beachten. Die Handlungsempfehlungen bauen in ihrer Reihenfolge nicht zwingend aufeinander auf. Bei der Erstellung des Hitzeaktionsplanes kann sich hierbei sowohl an den Handlungsempfehlungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, als auch an dem voraussichtlich im Frühjahr 2023 öffentlichen hessischen Hitzeaktionsplanes orientiert werden.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: DIE LINKE
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP betr. Kommunaler Hitzeaktionsplan, 101.19.717, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Lipschik

5. Anfrage Bedarf an Sozialwohnungen
Anfrage Fraktion DIE LINKE
- 101.19.726 -

Abgesetzt

7. Vorstellung der Fachberatungsstelle FaX
Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 101.19.734 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, die Geschäftsführung von der Fachberatungsstelle bei sexualisierter Gewalt Kassel in Stadt und Landkreis Kassel in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport einzuladen, um über die Arbeit und Bedarfe in Kassel zu informieren.

Stadtverordnete Schirmer, Fraktion DIE LINKE, begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion DIE LINKE betr. Vorstellung der Fachberatungsstelle FaX, 101.19.734, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Ullrich

Ende der Sitzung: 17:52 Uhr

Norbert Sprafke
Vorsitzender

Feyza Tanyeri
Schriftführerin

DIE LINKE.
Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3315
info@linksfraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.19.707

30. Januar 2023

Umsetzung des Housing First Konzept in Kassel

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele private Notunterkünfte für Obdach- und Wohnungslose gibt es mit wie vielen Betten?
2. Wie viele städtische Notunterkünfte gibt es mit wie vielen Betten?
3. Wie sind hierbei die Kosten pro Übernachtung geregelt und die sonstige Finanzierung?
4. Welche Mindeststandards gelten hierbei und wie sind diese genau?
5. Was werden für zusätzliche Maßnahmen getroffen angesichts der extrem niedrigen Temperaturen?
6. Gibt es einen Kältebus für Kassel, wenn nicht, warum nicht und wann wird ggf. einer angeschafft?
7. Welche zusätzlichen Maßnahmen werden für arme Menschen getroffen, die sich das Heizen nicht mehr leisten können?
8. Werden in der Stadt Kassel sonstige leerstehende Wohnung von städtischer Seite für Housing First zur Verfügung gestellt über der Leerstandskataster oder ist dies in Planung?
9. Inwiefern wird in den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und den Wohnungsbaugenossenschaften in der Stadt das Housing First Konzept bereits berücksichtigt und wie viele Wohneinheiten werden dafür zur Verfügung gestellt?
10. Wird es eine genauere und turnusmäßige Erfassung der Zahl von Obdach- und Wohnungslosen in Kassel geben? Wenn ja, wann?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Jenny Schirmer

gez. Sabine Leidig
Fraktionsvorsitzende

Magistrat der Stadt Kassel
Dezernat für Bürgerangelegenheiten und Soziales

Kassel, 1. März 2023

Stadtverordneten-Versammlung
Kassel
Eing.: 08. MRZ. 2023

Anfrage der Fraktion Die Linke vom 30.01.2023
Vorlage Nr. 101.19.707
Umsetzung des Housing First Konzept in Kassel

1. **Frage:**
   Wie viele private Notunterkünfte für Obdach- und Wohnungslose gibt es mit wie vielen Betten?

   Antwort:
   Der Verein Soziale Hilfe e. V. stellt in den Wintermonaten sieben Schlafplätze in Containern zur Verfügung; sofern sich ein höherer Bedarf abzeichnet, wird die Anzahl der Container in Kooperation mit den Kirchengemeinden angepasst.
   Das Männerwohnheim der Heilsarmee stellt zehn Schlafplätze (das ganze Jahr über) zur Verfügung.

2. **Frage:**
   Wie viele städtische Notunterkünfte gibt es mit wie vielen Betten?

   Antwort:
   Über die Zentrale Fachstelle Wohnen des Sozialamtes werden bis zu 40 Notschlafplätze vorgehalten. Die Notschlafplätze verteilen sich auf eine Notschlafstelle und diverse Wohnungen im Stadtgebiet. Es gibt auch Notschlafplätze speziell für Frauen.
   Bei Gefahr für Leib und Leben (Erfrierungsschutz) wird bei Bedarf auch auf Kapazitäten in kooperierenden Hotels zurückgegriffen.

3. **Frage:**
   Wie sind hierbei die Kosten pro Übernachtung geregelt und die sonstige Finanzierung?

   Antwort:
   Die Notschlafplätze, die nur für eine ein- bis maximal zweitägige Unterbringung vorgesehen sind, werden von der Stadt finanziert.

4. **Frage:**
Welche Mindeststandards gelten hierbei und wie sind diese genau?

Antwort:
Eine menschenwürdige Unterbringung in Ein- oder Mehrbettzimmern mit Heizung, Beleuchtungsmöglichkeit und Zugang zu sanitären Einrichtungen und einer Kochgelegenheit.

5. **Frage:**
Was werden für zusätzliche Maßnahmen getroffen angesichts der extrem niedrigen Temperaturen?

Antwort:
Bei Gefahr für Leib und Leben (Erfrierungsschutz) wird bei Bedarf auf Kapazitäten in kooperierenden Hotels zurückgegriffen.

6. **Frage:**
Gibt es einen Kältebus für Kassel, wenn nicht, warum nicht und wann wird ggf. einer angeschafft?

Antwort:
Die Bedarfe werden in der AG Wohnungsnotfallhilfe besprochen. Bisher wurde es aufgrund der bestehenden Angebote (Tagesaufenthaltsstätte Panama, Bahnhofsmission, Fahrende Ärzte, Café Nautilus, Heilsarmee) nicht für erforderlich erachtet, einen Kältebus zu installieren.

7. **Frage:**
Welche zusätzlichen Maßnahmen werden für arme Menschen getroffen, die sich das Heizen nicht mehr leisten können?

Antwort:
Für Personen im Transferleistungsbezug (SGB II, SGB XII, AsylbLG) werden i. d. R. die Heizkosten im Rahmen der Nebenkostenabrechnung übernommen, sofern der Verbrauch angemessen ist.
Auch Haushalte, die keine laufende Leistung erhalten, können Beihilfen zur Finanzierung von Nebenkostennachzahlungen beantragen, § 22 Abs. 1 i. V. § 24 Abs. 3 SGB II oder § 35 Abs. 1, 4 i. V. § 31 Abs. 2 SGB XII. Alternativ kann geprüft werden, ob durch die Erhöhung der Vorauszahlungen ein ergänzender Leistungsanspruch besteht, ggf. auch Wohngeldansprüche.

8. **Frage:**

Werden in der Stadt Kassel sonstige leerstehende Wohnungen von städtischer Seite für Housing First zur Verfügung gestellt über der Leerstandskataster oder ist dies in Planung?

Antwort:

Von städtischer Seite werden für das Projekt „Housing First" der drei Träger der Wohnungsnotfallhilfe (Diakonisches Werk Region Kassel, Heilsarmee und Verein Soziale Hilfe e. V.) keine Unterkünfte zur Verfügung gestellt; die Stadt agiert hier als Vermittlerin zwischen den Trägern und der Wohnungswirtschaft und sensibilisiert die Wohnungswirtschaft für die Thematik. Dazu hatte die Stadt Kassel unter Beteiligung von Frau Bürgermeisterin Ilona Friedrich zu einem Austausch eingeladen, um die Wohnungswirtschaft für die Beteiligung am Projekt zu gewinnen und an die gemeinsame Verantwortung zu appellieren. Die Wohnungsgesellschaften haben ihre Unterstützung zugesagt.

Darüber hinaus ist die Zentrale Fachstelle Wohnen dauerhaft mit der Akquise von geeigneten Wohnungen für die Unterbringung von Personen/Haushalten, die in Kassel obdachlos geworden sind, befasst. In der Regel werden Wohnungen von privaten Eigentümern oder Wohnungsgesellschaften für die Unterbringung von Obdachlosen in Anspruch genommen. Dies erfolgt regelhaft mit dem Einverständnis der jeweiligen Eigentümer.

Im Zusammenhang mit dem Zuzug vieler Menschen aus der Ukraine wurden eine Vielzahl an Wohnungen für deren Unterbringung zur Verfügung gestellt. Häufig wurden die Ukrainerinnen/Ukrainer in diese Wohnungen in Mietverhältnisse vermittelt bzw. haben die Wohnungen direkt und eigenständig angemietet. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass es aktuell kaum noch leerstehende Wohnungen im Stadtgebiet Kassel gibt.

Die aktuell zur Verfügung stehenden Objekte decken aktuell den Bedarf für die Unterbringung Obdachloser.

9. **Frage:**

Inwiefern wird in den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und den Wohnungsbaugenossenschaften in der Stadt das Housing First Konzept bereits berücksichtigt und wie viele Wohneinheiten werden dafür zur Verfügung gestellt?

Antwort:

Die großen Wohnungsunternehmen im Stadtgebiet Kassel wurden umgehend nach Förderzusage für das Projekt Housing First von den Trägern der Wohnungsnotfallhilfe (Diakonisches Werk Region Kassel, Heilsarmee und Verein Soziale Hilfe e. V.) in Kooperation mit dem Sozialamt der Stadt Kassel über das Projekt und dessen Inhalte informiert. Die angesprochenen Wohnungsunternehmen haben ihre Bereitschaft erklärt, geeignete Wohnungen für dieses Projekt zur Verfügung zu stellen. Es wurde zwischen den

Kooperationspartnern vereinbart, dass über die im Projekt eingesetzten Mitarbeiterinnen zunächst geeignete Personen für die Vermittlung in reguläre Mietverhältnisse gefunden werden sollen, für die dann konkret Wohnraum angefragt wird. Inzwischen gab es bereits drei erfolgreiche Vermittlungen in Wohnungen von Wohnungsgesellschaften.

10. Frage:

Wird es eine genauere und turnusmäßige Erfassung der Zahl von Obdach- und Wohnungslosen in Kassel geben? Wenn ja, wann?

Antwort:

Die Anzahl der obdachlosen Personen/Haushalte, die von der Zentralen Fachstelle Wohnen des Sozialamtes untergebracht werden, wird dauerhaft erfasst und mindestens einmal jährlich im Rahmen des Jahresberichts des Sozialamtes veröffentlicht.
In 2021 waren rd. 520 Haushalte zur Abwendung von Obdachlosigkeit von der Zentralen Fachstelle Wohnen untergebracht. Aktuell werden rd. 700 Haushalte zur Abwendung von Obdachlosigkeit untergebracht; hierbei ist zu beachten, dass darin rd. 150 ukrainische Haushalte enthalten sind, die in von Wohnungsgesellschaften im Jahr 2022 zur Verfügung gestellten Wohnungen untergebracht sind. Diese Wohnungen standen im letzten Jahr nicht für eine reguläre Vermietung zur Verfügung, da sie z. B. saniert oder abgerissen werden sollten. Diese Vorhaben wurden aufgrund des Fluchtgeschehens aus der Ukraine von den Gesellschaften zurückgestellt und die Wohnungen temporär zur Verfügung gestellt. Perspektivisch ist geplant, diese Haushalte in reguläre Wohnungen zu vermitteln.
Die Anzahl der Wohnungslosen (auf der Straße lebende Personen) kann nicht exakt verifiziert werden; sie wird auf ca. 100 – 150 Personen geschätzt.
Seit 2022 gibt es außerdem die bundesweite Wohnungslosenstatistik. Diese wird jährlich mit Stichtag zum 1. Februar erhoben. Die Übermittlung der Daten für alle Kommunen ist Pflicht.

Ilona Friedrich
Bürgermeisterin

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
CDU
Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung
Freie Demokraten
Rathaus-Fraktion Kassel FDP

3. Februar 2023

Vorlage Nr. 101.19.717

Kommunaler Hitzeaktionsplan

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, einen kommunalen Hitzeaktionsplan zu erstellen.

Der Hitzeaktionsplan soll auf bestehende Pläne und Konzepte der Stadt Kassel aufbauen und in Anlehnung an die acht Kernelemente der Weltgesundheitsorganisation, sowohl kurzfristige Maßnahmen enthalten, die ohne große Investitionen bereits bis zum 30.06.2023 umgesetzt werden können, als auch langfristige Maßnahmen, die in der Planung entsprechend zu berücksichtigen sind. Zu den acht Elementen zählen:

1. die zentrale Koordinierung und interdisziplinäre Zusammenarbeit,
2. die Nutzung eines Hitzewarnsystems,
3. Information und Kommunikation,
4. die Reduzierung von Hitze in Innenräumen,
5. die besondere Beachtung von Risikogruppen,
6. die Vorbereitung von Gesundheits- und Sozialsystemen,
7. die langfristige Stadtplanung und Bauwesen
8. Monitoring und die Evaluation der Maßnahmen.

Die Umsetzung der Kernelemente erfolgt demnach als Vorbereitung vor dem Sommer und als Schutz während des Sommers bzw. während akuter Hitzeperioden bzw. Hitzewellen. Langfristige Maßnahmen sind hierbei unabhängig zu beachten. Die Handlungsempfehlungen bauen in ihrer Reihenfolge nicht zwingend aufeinander auf. Bei der Erstellung des Hitzeaktionsplanes kann sich hierbei sowohl an den Handlungsempfehlungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, als auch an dem voraussichtlich im Frühjahr 2023 öffentlichen hessischen Hitzeaktionsplanes orientiert werden.

Begründung:
Die Weltgesundheitsorganisation bezeichnet den Klimawandel als die größte Gesundheitsbedrohung für Menschen. Die Folgen der Klimakrise sind längst auch in Kassel angekommen. Heiße Tage mit Temperaturen über 30 °C und Tropennächte, in denen die nächtlichen Temperaturen nicht unter 20 °C sinken, sowie langanhaltende Hitzewellen treten in den vergangenen Jahren vermehrt auf. Hitze kann den menschlichen Körper gesundheitlich stark belasten und kann hierbei vor allem für ältere Menschen, Menschen mit psychischen oder physischen Vorerkrankungen, Menschen mit Behinderung, suchtkranke Menschen, Personen, die schwerer körperlicher Arbeit im Freien nachgehen, Schwangere, Säuglinge, Kleinkinder, Menschen die in Gemeinschaftsunterkünften leben und Menschen, die obdachlos sind, negative gesundheitliche Auswirkungen haben. Besondere Berücksichtigung müssen daher Alten- und Pflegeeinrichtungen, Kindertageseinrichtungen, Schulen, Gemeinschaftsunterkünfte und Krankenhäuser finden.

Neben konsequenten Klimaschutzmaßnahmen müssen auch gemeinsame Anpassungsmaßnahmen gegenüber den Folgen und Auswirkungen von Hitze vorgenommen werden, um den umweltbezogenen Gesundheitsschutz weiter voranzutreiben. Ziel eines Hitzeaktionsplanes ist es daher, Hitze- und UV-bedingte Erkrankungen vorzubeugen, gesundheitliche Beeinträchtigungen und mögliche Todesfälle zu vermeiden und einer damit einhergehenden Überlastung des Gesundheitssystems entgegenzuwirken. Es liegt auch in kommunaler Verantwortung, (hitze-)vulnerable Gruppen zu schützen und proaktiv Anpassungs- und Vorsorgemaßnahmen für den Gesundheitsschutz zu ergreifen.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Julia Herz

Christine Hesse
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

Steffen Müller
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

Dr. Michael von Rüden
Fraktionsvorsitzender CDU

Matthias Nölke
Fraktionsvorsitzender FDP

Kassel documenta Stadt

DIE LINKE.
Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3315
info@linksfraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.19.726

23. Januar 2023

Anfrage Bedarf an Sozialwohnungen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Wohnungen in Kassel werden derzeit nach II. WoBauG/WoFG/ HWoFG vermietet? (bitte nach Größen der Wohnung bzw. Haushaltsangehörigen aufschlüsseln)
2. Wie viele Personen mit Wohnberechtigungsschein, aufgeschlüsselt nach Einzelpersonen, Kleinfamilien bis 3 Personen und Großfamilien von 4 bis 8 Personen, suchen derzeit eine Wohnung?
3. Wieviele Alleinerziehende haben einen Wohnberechtigungsschein, wieviele davon haben einen Wohnraummehrbedarf beantragt und wieviele davon haben ihn genehmigt bekommen?
4. Wieviele Personen/Haushalte haben einen Wohnungsberechtigungsschein und wie hat sich diese Zahl über die letzten 40 Jahre entwickelt im Verhältnis zur Beantragung?
5. Wieviele Personen/Haushalte hätten laut dem Sozialstatistikatlas der Stadt Kassel Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein?
6. Wie hat sich die Anzahl der Wohnungen, die dem Wohnungsförderungsgesetz entsprechen, in den letzten 40 Jahren entwickelt?
7. Wie hoch ist die Durchschnittsmiete aller (bestehend aus Kaltmiete und kalten Nebenkosten ohne Heizkosten) geförderten Wohnungen? (Um Aufschlüsselung analog der Nr. 2 wird gebeten.)
8. Wie viele Wohnungen stehen aktuell unter Bindung und wo (bitte nach Stadtteil und Wohnungsgröße aufschlüsseln)?
9. Wieviele Wohnungen davon sind jeweils im öffentlichen und privatem Besitz?
10. Wie ist die zu erwartende Entwicklung in den nächsten 40 Jahren und wann und in welchen Stadtteilen werden Wohnungen aus den Bindungen herausfallen?

11. Wieviele Sozialwohnungen sind je nach Stadtteil in den letzten 40 Jahren dazugekommen und wieviele sind je nach Stadtteil bisher für die nächsten 20 Jahre geplant?
12. Wieviel Haushalte bezahlen eine Fehlbelegungsabgabe (bitte nach Stufen aufschlüsseln) und wie hat sich die Gesamtsumme seit Einführung entwickelt?
13. Wieviele leerstehende Sozialwohnungen sind der Stadt aktuell bekannt?
14. Wie regelmäßig und wann wird der Leerstand überprüft?
15. Für wieviele Wohnungen mussten in den letzten 5 Jahren deswegen Strafzahlungen an die Stadt geleistet werden in welcher Höhe?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Jenny Schirmer

gez. Sabine Leidig
Fraktionsvorsitzende

DIE LINKE.
Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3315
info@linksfraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.19.733

16. Februar 2023

Brand Wolfhager Str. 102

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. Welches Feuerschutzkonzept gab es in der Wolfhager Str. 102?
2. Wie viele Bewohner:innen waren vor dem Brand in der Wolfhager Str. 102 untergebracht?
3. Wie viele Bewohner:innen sind jetzt in der Wolfhager Str. 102 untergebracht?
4. Wie lange sind Bewohner:innen durchschnittlich dort?
5. Wie ist die soziale Betreuung?
6. Welche Heizungssysteme sind dort?
7. Gibt es seit dem Brand eine Betreuung?
8. Wieviel Miete bezahlt die Stadt Kassel jährlich für die Unterkünfte?
9. Welche Leistungen sind darin enthalten?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Jenny Schirmer

gez. Sabine Leidig
Fraktionsvorsitzende

DIE LINKE.
Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3315
info@linksfraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.19.734

16. Februar 2023

Vorstellung der Fachberatungsstelle FaX

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Magistrat wird gebeten, die Geschäftsführung von der Fachberatungsstelle bei sexualisierter Gewalt Kassel in Stadt und Landkreis Kassel in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport einzuladen, um über die Arbeit und Bedarfe in Kassel zu informieren.

Begründung:

Der Verein gegen sexualisierte Gewalt in Kassel e.V. ist am 8.9.2020 in Kassel gegründet worden, insbesondere für den Schutz von Kindern und Jugendlichen. Der Verein verfolgt die Schwerpunkte Prävention von sexualisierter Gewalt, Intervention und Beratung bei dem Verdacht auf sexualisierte Gewalt, Begleitung und Unterstützung Betroffener bei Aufarbeitungsprozessen in Institutionen.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Jenny Schirmer

gez. Sabine Leidig
Fraktionsvorsitzende